

## Auszüge aus Fragen zu den Lehrforschungsprojekten

### **Wo liegen die größten Probleme? Welche Lösungsansätze sind möglich?**

- Es erfolgt kein intergenerationeller Austausch zwischen „allen“ Altersgruppen (Jugendliche werden nicht integriert)  
→ nicht nur ältere Menschen als Problemgruppe zentralisieren, auch junge Menschen gehören dazu!
- Schülerzahlen sanken dieses Jahr erneut um 4% → Schaffung einer Anreizstruktur für Zuzug junger Familien mit Kind

### **Ergebnisse**

Bezogen auf den Verband (*Anmerkung: Verband, der sich zur Aufgabe gemacht hat, soziale Einrichtungen und Dienste für unterschiedliche Bedürfnisse, vor allem älterer Menschen, bereitzustellen*) lässt sich sagen, dass die Mobilität und Nahversorgung auf Grund von sehr viel Eigeninitiative gut funktioniert. So werden z.B. unter den Mitgliedern Fahrgemeinschaften gebildet und bei größeren Ausfahrten werden die Teilnehmer persönlich abgeholt und wieder nach Hause gebracht. Das bedeutet meist längere Fahrtzeiten für die zuerst zugestiegenen – so kann es bis zu zwei Stunden dauern ehe alle Teilnehmer abgeholt wurden – aber so wird niemand von gemeinsamen Unternehmungen ausgeschlossen. Dem Verband ist die eingeschränkte Infrastruktur, besonders in den ländlichen Regionen des untersuchten Landkreises, durchaus bewusst, welcher er mit viel Engagement und Motivation entgegenwirkt.

Im Interview mit dem Verantwortlichen des ÖPNV wurde uns bestätigt, dass die Schülerzahlen in dem untersuchten Landkreis sinken, was sich auch finanziell bemerkbar macht. Eine Nahversorgung und Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel ist aufgrund sinkender Nachfrage in dem bisherigen Maße nicht mehr finanzierbar. Eine oft ergriffene Maßnahme, um der geringen Nachfrage und den sinkenden Einnahmen entgegenzuwirken, ist die Reduzierung der Taktzeiten und/oder die Verkleinerung des Netzes. Häufig gibt es gerade in den Nachmittag- und Abendstunden gar keine Angebote des ÖPNV mehr. Dies jedoch hat eine deutliche Verschlechterung der Gewährleistung von Mobilität zur Folge.

Erste Maßnahmen, um Abhilfe zu schaffen die beiden Interessenseiten dienlich ist, wurden in dem untersuchten Landkreis bereits ergriffen, sind aber noch auszubauen.

## Auszüge aus den Handlungsempfehlungen

In schrumpfenden Kommunen, wie dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld, ist eine weniger dichte und gleichermaßen zunehmend verstreute Siedlungsstruktur sehr häufig beobachtbar, welche sich sehr negativ auf die Infrastruktur und deren Bereitstellung auswirkt. Der ÖPNV ist hier die flankierende Maßnahme schlechthin. Häufig ist er in ländlichen Regionen aufgrund sinkender Nachfragezahlen in dem gewohnten Maße nicht mehr finanzierbar. Die Taktzeiten zu reduzieren oder das Netz zu verkleinern ist dann eine häufig favorisierte Maßnahme, führt sie doch aber auf der anderen Seite zu einer deutlichen Verschlechterung der Versorgungslage. Die **Einführung von Anrufbussen**, wie dies im Landkreis Anhalt-Bitterfeld bereits eingerichtet wurde, und **Sammeltaxen** ist eine deutlich kundenfreundlichere Alternative zum Wegfall ganzer

Beförderungsstränge. Eine mögliche Erweiterung dieses Konzeptes des Anrufbusses bestünde für den Kreis in der **Einrichtung eines Flächenbetriebes**. Das meint, dass man zwar feste Einstiegshaltestellen vorsieht, jedoch dem Fahrgast einen freien Ausstieg ermöglicht. Von den Verantwortlichen des Kreises wäre hierfür allerdings eine weitere Planung hinsichtlich der Anzahl der zusätzlich benötigten Fahrzeuge sowie deren Anbindung an den bereits bestehenden Linienverkehr von Nöten. Aus unseren Untersuchungsergebnissen geht hervor, dass es immer noch Gebiete gibt, in denen der ÖPNV den Schülern kein Angebot ‚vorhalten‘ kann und diese mit privaten Mitteln ihrer Schulpflicht nachkommen müssen. Einen entscheidenden Vorteil des Anstoßes eines solchen Projekts stellt die **Anbindung bestehender Grauzonen** dar, die bisher gerade nicht in den ÖPNV integriert werden konnten. Solche Denkansätze sind es, die besonders der immobileren älteren Bevölkerung ländlicher Räume in den kommenden Jahren immer unverzichtbarer werden wird.

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld bedient sich bereits der Option des Anrufbussystems. Augenscheinlich ist dieses System für den Nutzer aber noch mit sehr vielen Einschränkungen versehen. Beispielsweise ist das Anfordern eines Anrufbusses erst eine Stunde nach dem offiziellen Linienverkehr erlaubt und erwünscht, zudem auch nur in einer einstündigen Taktfrequenz möglich. Eine einschlägige Zielgruppenproblematik lässt sich leicht ableiten. Die Hemmschwelle, zum Telefonhörer zu greifen, wird für den Nutzer durch solcherlei Regelungen stark erschwert. Betrachtet man den immer größer werdenden Kreis der betagteren Fahrgäste, so lässt sich vermuten, dass deren Zurückhaltung gegenüber dem Angebot in gleichem Maße steigt wie dessen Reglementierungen zunehmen. Darüber hinaus führt eine solche nicht flexible Auslegung eines eigentlich flexibilitätsgenerierenden Systems zu dessen Hinfälligkeit. Der Anrufbus kann kein Ersatz für den Wegfall des ÖPNV in den Nachmittag- und Abendstunden darstellen, vielmehr ist er **ein Flexibilisierungs-, Erweiterungs- und Aufstockungsinstrument zu dem regulären Linienverkehr**. Dem Landkreis sollte diese Grundidee des Anrufbusses unbedingt wieder näher gebracht werden, damit die Einführung dieser ursprünglich sehr innovativen Alternative nicht auf das Niveau unzureichenden Linienverkehrs abgesenkt wird.

Einen weiteren wichtigen Ansatzpunkt stellt die **Einrichtung sogenannter ‚zentraler Orte‘** dar, an denen **wichtige infrastrukturelle Schnittpunkte** (wie Schulen, Banken, Einkaufsmöglichkeiten, Ärztehäuser etc.) zusammenlaufen und die mit einer sehr guten verkehrstechnischen Anbindung versorgt sind. Viele regionale Entwicklungspläne gehen noch zu sehr von falschen Wachstumserwartungen aus. Nützlich kann es daher auch sein **das Zentrale-Ort-Netz neu zu strukturieren** und hierbei die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung, sowie die neuen Einzugsbereiche und Erreichbarkeitsverhältnisse zu berücksichtigen. Zeichnet sich beispielsweise ab, dass eine Nachbarkommune eine bessere Wachstumsprognose aufweist, so kann es durchaus funktional sein die Unterversorgung der einen mit dem Neubedarf der anderen Kommune zu koordinieren.[Kocks (2006): 98]<sup>1</sup> So sind Schulschließungen und -zusammenlegungen nicht immer als reiner Verlust zu bewerten. In einigen Fällen können kreisübergreifende schulische Angebote kostenträchtige Überangebote verhindern und die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten einer Region erhalten. Ein Abgleich mit der Wirtschaft vor Ort ist sinnvoll. Dort wo bestimmte Berufsfelder von regionalen Unternehmen besonders stark nachgefragt werden, können die Schulen ausgebaut und mit den Schülern der geschlossenen Schulen aufgestockt werden, so

---

<sup>1</sup> In: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden

dass die Tragfähigkeit der wenigen Schulen gesichert wird. In solch eine Entscheidung ist aber nicht nur die Schülerzahl einzubeziehen, sondern es sollte auch auf eine Minimierung der Fahrtkosten und die Nähe zu kompatiblen Unternehmen geachtet werden. Die Zielstellung besteht immer in einer Anpassung der Infrastruktur an weniger Menschen unter Beibehaltung der bereits erreichten Qualität.

Eine gute **Erreichbarkeit infrastruktureller Einrichtung** ist im Besonderen auch für ältere Menschen ein kostbares Gut. Deren Wunsch, möglichst lange selbstständig wohnen zu können, ist nur dann realisierbar, wenn sie in einer altersgerechten Wohnung leben können die ihnen die Möglichkeit bietet leicht alle wichtigen Versorgungseinrichtungen erreichen zu können. Nicht allein der Wohnraum ist also entscheidend, sondern auch das nutzbare Nahversorgungsangebot, der Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel beispielsweise, aber auch die Nähe zu Service- und Unterstützungseinrichtungen, sowie ein Umfeld das den subjektiven Sicherheitsbedürfnissen nachkommt. Diese infrastrukturellen Gesichtspunkte sind besonders dahingehend von Bedeutung, da immer weniger alte Menschen auf stabile Netzwerke innerhalb der Familie oder Verwandtschaft zurückgreifen können. Auf diese Weise werden **Dichte und Zentralität** für die Förderung altersgerechten Wohnens und Lebens zukünftig zu Schlüsselbegriffen avancieren müssen, bedenkt man einschlägige Prognosen die von einem Anstieg des Medianalters von 43 Jahren im Jahr 2003 um 10% bis in das Jahr 2020 ausgehen. Die Hälfte der Bevölkerung, des Clusters dem der Landkreis Anhalt-Bitterfeld bei solchen Analysen zugeordnet wurde, wird dann älter als 50 Jahre sein.[Flötmann, Tovote, Schleifnecker (2006): 75f.]<sup>2</sup> Darüber hinaus sei eine überproportionale Spreizung der Schere zwischen Jung und Alt zu erwarten. Derzeit sind „über 28 Prozent der Einwohner [dieses Clusters] älter als 60 Jahre und 4,6 Prozent älter als 80 Jahre. Der Anteil der über 60-Jährigen wächst bis 2020 auf knapp 40 Prozent. Während dann jede/r Zehnte älter als 80 ist, wird nur jede/r Achte noch nicht volljährig sein.“[ebd.: 76]

Wie durch die eben vorgestellte Prognose ersichtlich wurde, sind neben der älteren Bevölkerung auch die jungen Menschen eine Personengruppe für die nun spezielle Angebote bereitgestellt werden müssen. Für beide Gruppen sind zukünftig extreme Werte zu erwarten. Bei den Kindern und Jugendlichen geht es aber nicht allein um deren Lebensgestaltung, sondern auch darum ihren generellen zahlenmäßigen Rückgang zukünftig abzuschwächen, wenn nicht gar zu stoppen. Um den **Trend zur Abwanderung jüngerer Menschen zu beeinflussen**, ist es in besonderer Weise notwendig **Angebote für junge Familien** bereitzustellen. Ein solches Angebot kann beispielweise **die Sicherung und der Ausbau von Qualifizierungseinrichtungen** sein. Ein solches Vorgehen trüge zur Identifikation mit und zur Bindung an die Heimatregion der jungen Menschen bei. Überdies könnte so die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmen eine Stärkung erfahren. Ziel sollte es werden die **Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen anzuheben, im Besonderen die von Frauen und älteren Menschen, sowie den Anteil Jugendlicher ohne Berufsabschluss abzusenken**.

Wie der Experte für den ÖPNV im Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Interview verdeutlichte, ist das am stärksten für ihn wahrnehmbare Problem, dass der Kreis einen jährlichen Rückgang der zu befördernden Kinder von etwa vier Prozent verzeichnet. An dieser Stelle wird klar, dass die Förderung und Betreuung der Familien ein wichtiges planerisches Element darstellt.

---

<sup>2</sup> In: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden

In Abhängigkeit von der demografischen Situation und den zukünftig erwarteten Entwicklungen ist für jeden einzelnen Versorgungsbereich zwischen Ausbau, Anpassung und Rückbau zu entscheiden. Eine Abstimmung der Leistungen ist dabei eine unverzichtbare Voraussetzung zur Nutzung von Synergieeffekten.

Der **Ausbau** von Infrastrukturleistungen ist organisational wohl noch am einfachsten umzusetzen, da hier bereits Erfahrungswerte aus Zeiten des Aufschwungs vorliegen. In den Bereich Ausbau gehören zukünftig sicherlich Handlungsfelder wie Alten- und Pflegeeinrichtungen oder auch der Ausbau der Kinderbetreuung als familienpolitische Maßnahme für Nachwuchsförderung. Ausgebaut werden sollten u.a. auch die intergenerationellen Beziehungen, um Schwellen bei der Inanspruchnahme von Hilfen abzusenken

Der zweite Weg ist die **Anpassung** von Infrastrukturleistungen. Anpassung meint hier Verkleinerung, Angebotsumstrukturierung sowie räumliche Flexibilisierung. Auch die Suche nach neuen Allianzen und Trägerschaften ist hier zu nennen. Diese Punkte erstrecken sich auf alle Arten der Daseinsvorsorge.

Schließlich ist auch der unabwendbare **Rückbau** zu gestalten. Besonders wenn es um Schließungen geht, sind diese mit den Nachbargemeinden planerisch abzustimmen. Die Standorte, welche bestehen bleiben, erhalten somit ein neues Gewicht. Wie bereits weiter oben erwähnt, wird Rückbau heute viel zu häufig mit einem Verlust an Attraktivität gleichgesetzt. Er kann jedoch auch den Gemeinden zur Öffnung neuer Handlungsspielräume für öffentliche Aufgaben verhelfen und eine Entlastung bewirken.

### **Ansprechpartnerin:**

Dr. Roswitha Eisentraut  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie  
06099 Halle  
Tel.: 0345 / 55024240  
E-mail: [roswitha.eisentraut@soziologie.uni-halle.de](mailto:roswitha.eisentraut@soziologie.uni-halle.de)